

Fraktionsantrag
A 2022/0054
öffentlich

Einführung eines Sozialtickets im Großraum Braunschweig

Die Gruppen SPD/Ratsherr Zimmermann und Bündnis 90/Die Grünen/FDP/Volt beantragen:

Die Verwaltung setzt sich beim Regionalverband Braunschweig für die Einführung eines „Sozialtickets“ für den öffentlichen Personennahverkehr, in enger Abstimmung mit den Stadt- und Kreisverwaltungen, ein.

Das Ticket soll als Monatskarte Menschen im Leistungsbezug nach SGB II oder dem Asylbewerberleistungsgesetz für einen angemessenen, geringen Eigenbetrag zur Verfügung gestellt werden.

Begründung

Es ist eine sozialpolitische Aufgabe, Menschen im Leistungsbezug die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs niedrigschwellig zu ermöglichen. Die Stadt Wolfsburg hat im Interesse dieser Menschen bereits ein „Sozialticket“ eingeführt.

Im Alltag der betroffenen Menschen ist jedoch die Mobilität über Wolfsburgs Stadtgrenzen hinaus wichtig. Hierbei geht es nicht ausschließlich um private Ausflüge, sondern um Belange der Daseinsvorsorge. Zum Beispiel das Aufsuchen von spezifischen Beratungsstellen, Fachärzten und weiterer Fachdienste und Institutionen.

Die oben genannten Gruppen fordern die Verwaltung auf, sich nachdrücklich für die Einführung eines „Sozialtickets“ in der Region Braunschweig einzusetzen.

<i>Fraktion:</i> SPD Bündnis 90/Die Grünen FDP/Volt Ratsherr Zimmermann <i>Bearbeitung:</i> Frau Feil, 28-1689, SPD	<i>Datum</i> 16.03.2022
---	----------------------------

Mit freundlichen Grüßen

